

Tale
Nr. 231/2020
Kiel, 19.11.2020

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Unser Land hat Potential für mehr Vielfalt bei der Förderung von Gründungen!

„Immer wieder setzt sich die Koalition von CDU, Grünen und FDP für Firmengründer ein. Bedauerlicherweise jedoch nur für ganz bestimmte.“

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 15 - Gründergeist im Land weiter stärken
(Drs. 19/2509)

Start-ups sind ein wichtiger Zukunftsfaktor und können Innovationen und Digitalisierung weiter voranbringen. Ja, das ist richtig. Es ist auch richtig, den Gründergeist auf die politische und wirtschaftsbezogene Tagesordnung zu setzen. Was zu bedauern ist, ist dass die Jamaika-Koalition diese Thematik anscheinend ausschließlich bei den Hochschulen im Land zu verorten weiß. Der vorliegende Antrag bezieht sich beinahe ausschließlich auf universitätsnahe Forderungen und Projekte. Das ist wirklich sehr schade. Dabei ist der Gründergeist doch so viel mehr. Jede oder jeder der ein Unternehmen gründet, ist nicht nur Firmengründer sondern kann sich im Prinzip als Start-up bezeichnen. Dazu muss man nicht unbedingt studiert haben. Dazu muss man auch nicht unbedingt im Co-working-space arbeiten oder ein Influencer sein. Gründer sind viel mehr als das. Das kann der neue Friseur um die Ecke sein, der neue Pizzalieferant oder der neue Pflegedienst im Viertel sein. Selbst Zahnarztpraxen und landwirtschaftliche Betriebe können Start-ups sein. All diese Vielfalt ist bereits gelebte Realität. Warum also nicht gleich allen eine Hilfestellung bieten? Diese Frage haben sich meine

beiden Kollegen und ich uns auch schon bei ähnlichen Vorhaben der Koalition gestellt. Wie etwa bei der Konzeption einer Meistergründungsprämie, welche gleich zu Anfang der neuen Legislaturperiode auf den Weg gebracht wurde. Unser Ansinnen, auch Firmengründer abseits vom Meisterabschluss zu unterstützen wurde leider abgelehnt. Da zeigt es sich wieder einmal, die Jamaika-Koalition hat ein großes Herz für Gründer. Immer wieder setzt sich die Koalition von CDU, Grünen und FDP für Firmengründer ein. Bedauerlicherweise jedoch nur für ganz bestimmte. All diejenigen die keinen Meistertitel oder sich in Universitätsnähe befinden haben in Schleswig-Holstein anscheinend das Nachsehen. Dabei hat unser Land doch Potential für mehr. Mir fallen dabei vor allem die vielen Geflüchteten in unserem Land ein, die tatsächlich echte Vorreiter sind, was die Motivation und Umsetzung in Bezug auf Gründungen angeht. Sie betreiben Markt-Recherche, finden Verbündete und machen ihr eigenes Unternehmen auf. Einfach so. Und das meistens ohne Prämien und Starterkitchens und Entrepreneurship Education. Das ist doch wirklich bemerkenswert. Auch sie sollten doch die gleiche Unterstützung erfahren, wie der Bäckermeister oder die Gründerin einer neuen App. So viel steht jetzt also schon einmal fest, nicht alle potentiellen Unternehmensgründer werden von den regierungstragenden Fraktionen bedacht.

Abschließend möchte ich nochmal zu dem kommen, was sehr wohl im Antrag steht. Es soll eine regelrechte Start-up-Kultur an den Hochschulstandorten entstehen. Das ist natürlich eine gute Sache. Jedoch stellt sich mir die Frage, wie soll die Umsetzung in der Praxis vonstattengehen? Dabei sollen neue Gründungszonen an den Hochschulen eingerichtet werden. Frauen sollen vermehrt bei der Gründung unterstützt werden und Berufstätige sollen besser über die Möglichkeiten einer Firmengründung informiert werden. Ja gerne. Ich frage mich jedoch nur, wie die Landesregierung das bewerkstelligen will? Woher die Räumlichkeiten für die Gründungszonen nehmen? Welche Ansprechpartnerinnen sollen die Frauen erhalten und wie genau will man Berufstätige in Zukunft erreichen? Woher kommt die Expertise und wie soll sie finanziell und personell eingesetzt werden? Ich bin sehr gespannt darauf, wie die konkrete Umsetzung aussehen soll und welche finanziellen Mittel Koalition und Landesregierung hierfür eingeplant haben. Vor diesem Hintergrund freue ich mich auf die Beratung im zuständigen Ausschuss.